



## Vertrauensbruch!



Jörg Bruchmüller

**Die Inszenierung war perfekt und offensichtlich von langer Hand vorbereitet. Am 15. Mai um 12.30 Uhr erfolgte in der Staatskanzlei die Pressekonferenz; Punkt 13.00 Uhr hatten alle Landesbediensteten den Mitarbeiterbrief von Ministerpräsident Koch und Innenminister Bouffier auf dem Schirm.**

Eigentlich verlief die Verordnungszeremonie für die hessische Beamtenschaft wie gewohnt, bis auf einen kleinen, aber bedeutsamen Unterschied: Diesmal hatten die Vertreter der Landesregierung einen „Partner“ an ihrer Seite (siehe Mitarbeiterbrief der Landesregierung), der ins gleiche Horn stieß, um einen fragwürdigen „Verhandlungserfolg“ zu verkünden, der nach zähen, schwierigen und vor allem langwierigen Verhandlungen zustande gekommen sein soll!

Das Ergebnis ist aus Sicht der GdP vollkommen inakzeptabel! Warum?

### Wochenarbeitszeit:

Die Beibehaltung der 42-Stunden-Woche mit Zustimmung des Beamtenbundes (DPoLG) ist unfassbar und gleichermaßen eine schallende Ohrfeige für unsere Kolleginnen und

Kollegen. Nachdem die Arbeitsbelastung die Grenze des Zumutbaren bereits überschritten hat (wie z. B. Aktionstage, Sonderkontrollen, Einsätze etc.), kann niemand ernsthaft glauben, dass die „Vergütung“ einer Wochenstunde für vorzeitigen Freizeitausgleich genutzt werden kann.

Schon jetzt ist Altersteilzeit nicht möglich, weil das Personal an allen Ecken und Enden fehlt. Die Option für die Verlagerung auf ein Lebensarbeitszeitkonto ist bei Licht betrachtet ein Blankoscheck für die Landesregierung zur Erweiterung der Pensionsgrenze. Die Absicht der Landesregierung, die Lebensarbeitszeit der hessischen Beamtinnen und Beamten zu verlängern, wird nach diesem Abschluss deutlich und von Minister Bouffier und dem Vorsitzenden des Beamtenbundes nicht ausgeschlossen!

Die GdP-Forderung lautet nach wie vor:

**Nicht mehr als 40 Stunden für alle – für Tarifbeschäftigte und Beamtinnen und Beamte! Beibehaltung der spezifischen Pensionsgrenze für den Polizeivollzug!**

### Besoldungserhöhung:

In vielen Gesprächen haben Koch und Bouffier deutlich gemacht, dass man Gehaltsperspektiven und flexible Arbeitszeit im öffentlichen Dienst mit der freien Wirtschaft vergleichen müsse. Bitteschön: In den letzten Jahren haben sich beispielsweise die Tariflöhne und -gehälter in der Metall- und Elektroindustrie um 16,8 Prozent erhöht. Im Vergleich dazu gab es bisher im öffentlichen Dienst in Hessen neben Null-

runden und einer schlanken Einmalzahlung lineare Erhöhungen in 2003 und 2004 von gerade einmal 6,5 Prozent. Dies ist eine deutliche Schlechterstellung! Die Polizeibeschäftigten haben einen Nachholbedarf, um die entstandenen Gehaltslücken zu schließen. Der Vorsitzende des Beamtenbundes begründete die bescheidene lineare Erhöhung mit dem sicheren Arbeitsplatz. Was Sicherheit in diesem Kontext für Polizistinnen und Polizisten bedeutet, die sich mit zunehmender Gewaltbereitschaft auseinandersetzen müssen, brauche ich an dieser Stelle nicht weiter auszuführen.

Die GdP-Forderung lautet:

**800 Euro Einmalzahlung und eine lineare Gehaltserhöhung von deutlich über 3 Prozent. Dies entspricht nicht nur dem Tarifvertrag der Länder (TV-L), sondern auch der inhaltsgleichen Übernahme auf die Beamtenschaft in anderen Bundesländern. Warum eigentlich nicht im finanzstarken Hessen?**

### Verraten und verkauft

Ausgerechnet während laufender Sondierungsgespräche im Tarifbereich zwischen Landesregierung auf der einen Seite und GdP, ver.di, GEW und sogar dem Beamtenbund auf der anderen Seite, hat der hessische Beamtenbund in partnerschaftlicher Eintracht mit der Landesregierung Fakten geschaffen, die die Interessen der Tarifbeschäftigten nachhaltig verraten haben. Ministerpräsident Koch benutzt eine Standesorganisation mit be-

grenztem Organisationsgrad, um für den Tarifbereich Vorgaben zu diktieren. Dass sich der Beamtenbund und die DPoLG für diesen würdelosen Umgang mit Polizeibeschäftigten haben instrumentalisiert lassen, ist der eigentliche Skandal. Dies dürfte in der Geschichte der Bundesrepublik einmalig sein.

### Wortbruch

Ministerpräsident Koch hat trotz gegenteiliger Behauptungen und mit anschließendem Eingeständnis des Wortbruches schon vor fünf Jahren die 42-Stunden-Woche eingeführt. Seitdem ist das Vertrauen in die Landesregierung seitens der Polizeibeschäftigten nicht mehr allzu groß. Um konstruktive Gespräche auf Augenhöhe zu führen, ist aber ein Mindestmaß an Glaubwürdigkeit und Zuverlässigkeit unabdingbar. Am 30. August 2006 hatte Innenminister Bouffier gegenüber den Vertretern der ÖD-Gewerkschaften des DGB geäußert, dass im Zuge der Föderalismusdiskussion eine **qualifizierte Beteiligung aller Gewerkschaftsvertreter unabdingbar sei und diese bei künftigen Vorhaben im Besoldungs-, Versorgungs- und Laufbahnrecht mit einzubeziehen wären.**

Dazu wolle man entsprechenden Gespräche führen und Dienstrechtskongresse einberufen, um die notwendigen Entwicklungen gemeinsam zu gestalten.

### Dienstrechtsreform

Dieser Dienstrechtskongress fand am 16. Mai 2007 in Wiesbaden statt. Zufällig einen Tag nach der partnerschaftlichen Verkündung! Die GdP wollte an

Fortsetzung auf Seite 2

# „Drei-Jahres-Grenze“ nach Beförderungen für verfassungswidrig

Mit diesem Beschluss vom 20. März 2007 hat das BverfG festgelegt, dass § 5 Abs. 3 Satz 1 Beamtenversorgungsgesetz mit dem Art. 33 GG nicht vereinbar ist. Die Verlängerung der Wartezeit auf drei Jahre geht über den zu beachtenden Grundsatz der Versorgung aus dem letzten Amt hinaus und bedeutet einen Eingriff in dessen strukturell geprägten Kernbereich.

Das heißt, dass die Beamtinnen und Beamten ihr Amt nur noch zwei Jahre innehaben müssen, damit dieses ruhegehaltswirksam wird.

Die GdP fordert deshalb die Landesregierung auf, im Rahmen der neuen föderalen Struktur, dieses Urteil sofort in Hessen, für die hiesigen Beamten umzusetzen.

Welche weitere Auswirkung hat dieses Urteil?

Da das BverfG auch geurteilt hat „... die zum Zeitpunkt der

**Bekanntgabe dieser Entscheidung bereits bestandskräftigen Versorgungsbescheide bleiben von der Entscheidung unberührt...**“, heißt dies, dass alle Versorgungsbescheide, gegen die kein Widerspruch eingelegt wurde, nach vier Wochen bestandskräftig geworden sind und nicht mehr unter die Geltung dieses Urteils fallen. Dies gilt auch für die Fälle, wenn die Versorgung wegen Nichteinhaltung der Drei-Jahres-Frist nicht aus dem letzten, sondern dem vorangegangenen Amt berechnet wurde.

Das aktuelle Urteil gilt im Prinzip also nur für zukünftige und nicht für vergangene Fälle. Dennoch empfehlen wir für die letztgenannten Fälle, einen Antrag auf Neuberechnung mit zukünftiger Wirkung zu stellen. Dessen Erfüllung ist zwar sehr unwahrscheinlich, aber nicht aussichtslos.

Beamtinnen und Beamte, die in der nächsten Zeit in Ruhestand gehen, die Zweijahresfrist aber nicht die Dreijahresfrist erfüllt haben, sollten bei Erhalt des Versorgungsbescheides diesen prüfen.

Wird die Pension nicht aus dem letzten, sondern dem vorangegangenen Amt berechnet, sollte unter Hinweis auf dieses BverfG-Urteil Widerspruch eingelegt werden.

Für Kolleginnen und Kollegen, die schon im Ruhestand sind und deren Versorgung wegen Nichteinhaltung der Dreijahresfrist aus dem vorherigen Amt berechnet wurde, aber bei denen die Widerspruchsfrist noch nicht abgelaufen ist, sollten gegen die Versorgungsberechnung vorsorglich Widerspruch einlegen.

Das Gleiche gilt für die Fälle, denen bereits aus anderen Gründen widersprochen wurde

(z. B. Nichtberücksichtigung von Kindern) und der Versorgungsbescheid deshalb noch nicht rechtskräftig ist. Dann sollte der Widerspruch mit Hinweis auf das vorliegende Urteil ergänzt werden.

Für alle Fälle gilt, dass nicht mit schnellen Antworten der Pensionsregelungsbehörden gerechnet werden kann, da diese die Bearbeitung der Widersprüche solange aussetzen werden, bis das Verfahren in Hessen durch neue Gesetzesregelung klar ist.

Jedenfalls ein erfreuliches Urteil des BverfG, dass den Artikel 33 Abs. 5 Grundgesetz einmal zum Vorteil und nicht gegen die Beamtenschaft auslegt, wie dies einige Landesregierungen gerne aus finanziellen Gründen tun.

Jörg Schumacher



**Deutsche Polizei**

**Ausgabe:**  
Landesbezirk Hessen

**Geschäftsstelle:**  
Wilhelmstraße 60a  
65183 Wiesbaden  
Telefon (06 11) 99 22 7-0  
Telefax (06 11) 99 22 7-27

**Redaktion:**  
Ewald Gerk (Vi.S.d.P.)  
c/o Gewerkschaft der Polizei  
Landesbezirk Hessen  
Wilhelmstraße 60a  
65183 Wiesbaden

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Anzeigenleiter: Daniel Dias  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 29 vom 1. Januar 2005

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6446

Fortsetzung von Seite 1

diesem Kongress teilnehmen, um die berechtigten Interessen der Polizeibeschäftigten in den Reformprozess einbringen zu können.

**Wir haben nicht teilgenommen!**

Wer die Beschäftigten bei laufenden Sondierungsgesprächen mit solchen Fakten vor den Kopf schlägt, will keine partnerschaftlichen Verhandlungen, will verordnen und diktieren! Deshalb ist es sinnlos an einem Spiel teilzunehmen, dessen Ergebnis bereits feststeht!

**Wir sind keine Marionetten! Wir sind den Interessen unserer Beschäftigten verpflichtet!**

**AKTUELL – TARIFVERHANDLUNGEN – AKTUELL**

## Gespräche stocken!

**Nach den ersten beiden Sondierungsgesprächen, die Mitte und Ende April stattgefunden haben, kam die Gesprächsrunde mit dem Arbeitgeber nun ins Stocken.**

- Am 27. April saßen Arbeitnehmervertreter von ver.di, GdP und GEW erneut am Verhandlungstisch, um die gegenseitigen Vorstellungen weiter zu sondieren.
- Die Arbeitszeit ist ein wesentlicher Aspekt aus der Sicht der GdP. In diesen Sondierungsgesprächen erwarten wir seitens der Arbeitgeber eine klare Aussage zu deren Vorstellungen, eine zukünftige Regelung der Wochenarbeitszeit betreffend.

- Unmittelbar vor dem 3. Sondierungsgespräch am 8. Mai hat die Arbeitgeberseite diese Gesprächsrunde abgesagt. Sie bat darum, dieses Gespräch auf Ende Mai/Anfang Juni 2007 zu verschieben.
- Informationen zu den Inhalten dieses letzten, geplanten Sondierungsgesprächs und der daraus resultierenden Frage, ob Tarifverhandlungen zwischen dem Land Hessen und den Verhandlungsführern von ver.di, GdP und GEW stattfinden, werden wir zu gegebener Zeit an Euch weitergeben.

GdP-Landesvorstand

FREIWILLIGER POLIZEIDIENST

# GdP untermauert ablehnende Haltung

GdP diskutiert mit Innenminister

**Polizei zum Schnäppchenpreis – brauchen wir die Freizeit-Sheriffs?** Mit dieser Frage beschäftigte sich am 10. Mai 2007 die Sendung „stadtgespräch“ des Hessischen Rundfunks.

Der GdP-Landesvorsitzende Jörg Bruchmüller stand in der fast einstündigen Fernsehsendung nicht nur den Zuschauern im Saal und an den heimischen Fernsehgeräten Rede und Antwort, sondern argumentierte geschickt und sachlich auf die teils pointierten Aussagen von Innenminister Bouffier.

Öffentliches Interesse an dem Thema kam erst auf, nachdem Anfang Mai in Wiesbaden ein freiwilliger Polizeihelfer von einem Autofahrer brutal niedergeschlagen wurde. Eine verachtenswerte Tat, die gleichzeitig eine öffentliche Diskussion um die Notwendigkeit eines freiwilligen Polizeidienstes lostrat.

Jörg Bruchmüller trug in seinem Eingangsstatement die wesentlichen Inhalte des GdP-Briefes an alle hessischen Kom-



Das Bürgerhaus in Lollar wurde kurzerhand zum Fernsehstudio umgebaut. Die beiden Kontrahenten Innenminister Bouffier und GdP-Vorsitzender Jörg Bruchmüller standen sich auf Tuchfühlung gegenüber (Pult rechte Bildseite).

*scheint es gefährlich und unprofessionell, unzureichend ausgebildete Mitbürger/innen im Bereich hoheitlicher Aufgaben mit Befugnissen auch nur unterstützend im Kampf gegen Kriminalität einzusetzen. ...*

- ... Überdies bleibt fraglich, wie viele Ansprechpartner im Bereich der inneren Sicherheit dem Bürger noch zugemutet werden sollen. Neben dem „klassischen Polizeibeamten“ agieren mittlerweile Wachpolizisten, Hilfspolizeibeamte und nunmehr „Freiwillige“ auf der Bühne der inneren Sicherheit. Dies fördert nicht unbedingt Klarheit, sondern erzeugt beim Bürger hinsichtlich der Zuständigkeiten Verwirrung und Unsicherheit. ...

- ... Eine „gefühlte“ Sicherheit wird erfahrungsgemäß vollkommen unterschiedlich wahrgenommen und bewertet, eben subjektiv. Aussagekräftiger hingegen ist die polizeiliche Kriminalstatistik, die trotz der Dunkelfeldproblematik, die objek-

*tive Sicherheitslage anhand von Fakten darstellt. Auch dort, wo der Freiwillige Polizeidienst als Modellversuch installiert wurde, hat sich die objektive Sicherheitslage nicht signifikant verändert – insofern kann von einem „Erfolgsmodell“ nicht die Rede sein. ...*

Darin zeigte die GdP eine klare Haltung gegenüber dem freiwilligen Polizeidienst. Die hessischen Bürger haben es verdient, dass ihnen für ihre Sorgen und Nöte gut ausgebildete und kompetente Polizeibeamten in ausreichender Anzahl zur Verfügung stehen. Ehrenamtliche Tätigkeit darf nicht unterschiedlich behandelt werden, auch wenn die sieben Euro je Stunde, die die freiwilligen Polizeihelfer erhalten, als eine Aufwandsentschädigung bezeichnet wird.

Innenminister Bouffier verteidigte selbstverständlich den freiwilligen Polizeidienst als eine zusätzliche Ergänzung zum Polizeivollzugsdienst, die sich in der Praxis bewährt habe. Der

Freiwillige Polizeidienst soll überall da sein, wo die Polizei nicht mehr ist, so Innenminister Bouffier. Fußstreife laufen in Parks und auf Friedhöfen, um hier den Bürgern kompetenter Ansprechpartner zu sein, sei eine Hauptaufgabe der freiwilligen Polizeihelfer. Diese sind mit Handy und Pfefferspray ausgerüstet und sollen demnächst auch noch zusätzlich eine Schutzweste erhalten, die sie vor Messerstichen schützen soll.

Ein Kommunalpolitiker aus Riedstadt (Südhessen) schilderte die Situation in seiner Kommune recht anschaulich. Der Freiwillige Polizeidienst habe nicht zu dem erhofften Erfolg geführt. Die Sachbeschädigungen, die Graffiti-Sprühereien etc. haben sogar zugenommen. Dies habe das Kommunalparlament dazu bewogen, den Freiwilligen Polizeidienst wieder abzuschaffen. Finanziell ist dieses Experiment in der Stadtkasse

Fortsetzung auf Seite 4



munen vor. An dieser Stelle sei nur auf wenige Punkte hingewiesen:

- ... Zwar ist der „Kampf gegen Kriminalität eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe“, die es auf die Verantwortung eines jeden Einzelnen mit seinen individuellen Möglichkeiten zu übertragen gilt, gleichwohl er-

Fortsetzung von Seite 3

mit rund 17 000 Euro zu Buche geschlagen.

Insbesondere Feuerwehrangehörige, die zu überwiegendem Teil ihre Tätigkeit ehrenamtlich ausführen, fühlen sich hier ungerecht behandelt. Das Argument von Innenminister Bouffier, dass sie für ihren Einsatzdienst Lohnfortzahlung erhalten, ist eben keine freiwillige Unterstützungsleistung der Kommune, sondern ein handfester Anspruch, der sich aus dem Brand- und Schutzhilfeleistungsgesetz ergibt.

Zutreffend sagte es auch die befragte freiwillige Polizeihelferin aus Lollar. Sie mache dies des Geldes wegen, da sie arbeitslos sei und das Geld brauche. Sie sei früher im Verwaltungsdienst der Polizei beschäftigt gewesen und habe so Einblick in die Polizeiarbeit erhalten. Hätte man nicht mit dem Instrumentarium „Operation sichere Zukunft“ ein Großteil der Verwaltungsstellen bei der Polizei gestrichen,



**Der Versuch von Innenminister Bouffier, den überwiegenden Teil der Zuschauer als GdP-Funktionäre hinzustellen, war nicht zutreffend.**

wäre diese Frau heute wahrscheinlich wieder Beschäftigte bei der Polizei.

Auch die Aussage von Innenminister Bouffier, es gäbe heute „... Polizeibeamtinnen und -beamte, soviel wie noch nie...“, muss hinterfragt werden. Wer nur die „Köpfe“ zählt, muss zwangsläufig zu dieser Zahl kommen. Die ganzen Planstellen sind jedoch deutlich weniger geworden. Im Zuge der „Operation sichere Zukunft“ wurden und werden bei der hessischen

Polizei 968 Stellen eingespart. Die Arbeit der über 600 wegfallenden polizeilichen Tarifbeschäftigten muss folgerichtig von Vollzugsbeamten mit übernommen werden, die wiederum für ihre originäre Aufgabe nicht mehr zur Verfügung stehen. Zusätzlich werden 360 Vollzugsbeamte nach deren Pensionierung in den Jahren 2007 und 2008 nicht mehr ersetzt. Letztendlich werden diese Polizistinnen und Polizisten im Streifen- und Ermittlungsdienst fehlen.

Jörg Bruchmüller ist es gelungen, mit Fakten und Argumenten den Kernaussagen von Innenminister Bouffier argumentativ gegenzuhalten und diese zu entkräften. Dies wurde auch an den positiven Reaktionen der Zuschauer im Saal sowie einer Vielzahl von E-Mails an den Hessischen Rundfunk deutlich. Es nutzte auch nichts, dass Innenminister Bouffier durch seine Äußerungen versuchte den Eindruck zu vermitteln, dass im Saal nur GdP-Vorstände saßen, die ihren Landesvorsitzenden unterstützen müssten. Dem war eben nicht so!

**Fazit: Wieder einmal hat sich gezeigt, dass die GdP die einzige Polizeigewerkschaft/Berufsvertretung ist, die innenpolitisch brisante Themen aufgreift und ihren Standpunkt auch in den Medien vertritt.**

**In der Fernsehsendung „stadtgespräch“ ging GdP-Landesvorsitzender Jörg Bruchmüller als Punksieger des verbalen Schlagabtausches hervor!**

*Ewald Gerke*

### Zuschauerreaktionen zur Sendung:

Ob die Anzahl der Polizeikräfte ausreicht, zu knapp oder zu üppig ist, kann ich nicht beurteilen. Die Steuern und Abgaben waren noch nie so hoch wie heute, die Schuldenberge auch nicht. Was macht „der Staat“ mit unserem Geld? Nun werden Hobby-polizisten ohne ordentliche Ausrüstung und ohne ausreichende Kommunikationsmittel eingesetzt, was soll denn damit erreicht werden?

Freiwilliger Polizeidienst mag vielleicht der objektiven Sicherheit dienen, aber noch mehr schont er den Landeshaushalt von Hessen! Früher oder später werden „Profi-Polizisten“ eingespart. Durch die ein wenig erweiterten Rechte der freiwilligen Polizeihelfer kann doch keine Sicherheit garantiert werden. Eine 50-stündige Grundausbildung kann doch keine Polizeibeamtenausbildung ersetzen, gerade im Umgang mit „Gefahrensitua-

tionen“. Wird die angekündigte stichsichere Weste vom Land oder der Kommune bezahlt oder wird diese wie im aktiven Polizeidienst mit einer Selbstbeteiligung der Helfer finanziert?

Bei dem Thema Polizeidienst stellt sich mir die Frage, ob hier nicht das Pferd von hinten aufgezäumt wird. Wäre es nicht sinnvoller, den jungen Leuten, von denen die gefühlte und auch reale Bedrohung ausgeht, eine vernünftige Ausbildungs- und Beschäftigungsperspektive aufzumachen?

Mit dem Freiwilligen Polizeidienst setzt die hess. Landesregierung ihren Weg der Entprofessionalisierung von hoheitlichen Aufgaben fort. Öffentliche Sicherheit gehört in die Verantwortung einer gut ausgebildeten Polizei und ist nicht durch Hilfskräfte zu ersetzen. Den Kommunen diese Aufgabe und die Kosten dafür aufzuladen und verantwortlichen Parlamentariern und

Kommunen den Stempel aufzudrücken, man Sorge sich nicht um die Sicherheit der Bürger, sei sie auch nur gefühlt, ist unredlich. Es gilt diesen Weg nicht mitzugehen und die Polizei in Hessen damit zu stärken. Sicherheit gibt es nicht zum Schnäppchenpreis!

Ich halte den Freiwilligen Polizeidienst für eher unglücklich, da

- die Art der den Bürger bedrohenden gewalttätigen Verbrechen, z. B. Einbrüche, Gewalttätigkeit zunimmt und hier freiwillige Polizeihelfer nicht wirklich helfen können

- die Frage des Einsatzes sehr kritisch ist. Brauchen wir wirklich mehr staatliche Ordnung und im Zweifelsfall die Unterdrückung redlicher Bürger durch halbausgebildete Arbeitslose? Etwa jemanden, der extra morgens um 7 Uhr 10 vorbeikommt, um mich aufzuschreiben, weil ich falsch herum in der Straße parke und um 7 Uhr 15 zur Arbeit fahre? Der Einsatz von solchen

Leuten läuft doch letztlich nur auf Gängelung der Leistungsträger und eine weitere, eigentlich unzumutbare Füllung der kommunalen Kassen hinaus.

- eine Gerechtigkeitslücke entsteht: Polizeihelfer werden in vielen Kommunen besser bezahlt als andere Ehrenamtliche, wie z. B. die freiwilligen Feuerwehrleute, Sanitäter oder die Wahlhelfer, deren Einsatz auch grundsätzlich wichtiger ist. In Anbetracht eines generell zurückgehenden Ehrenamts sollte man so etwas auch überdenken.

Der hessische Innenminister „Volker Bouffier“ und alle anderen Spitzenpolitiker sollen künftig von den so hoch gelobten „Freiwilligen“ bewacht und eskortiert werden. Alle Beamte des BKA, LKA und die der normalen Schutzpolizei müssen dem Schutz der Bevölkerung dienen, werden diese Personen doch vom normalen Steuerzahler finanziert.

KOMMENTAR

# Vorbilder?

Menschen sind Nachahmer. Sie brauchen Vorbilder. Das hat die Natur so eingerichtet. Muttersprache und viele Verhaltensweisen entwickeln sich zunächst durch unmittelbaren Kontakt mit anderen, bevor auch bewusstes Lernen Wirkung zeigt.

Doch nicht alles, was vorgebildet wird und als „Vor-Bild“ erscheint, ist auch nachahmenswert. Denn gute Vorbilder verhalten sich musterhaft, nachahmens- und lobenswert. Und das ist mitunter anstrengend. Schlechte Vorbilder dagegen sind nur Beispielgeber für schädliches und verwerfliches Tun oder Unterlassen. Dennoch wird gerade solchen Zeitgenossen und Erscheinungen unüberlegt bis gerne nachgeeifert. Besonders, wenn es sich um medienpräzente Personen und spektakuläre Ereignisse handelt.

Früher galt als Vorbild, wer humane Werte verkörperte. Auch besondere Leistungen und fehlerfreie Ergebnisse oder couragiertes und tadelfreies Verhalten gilt als beispielhaft und verdient hohe Anerkennung. Deshalb hatten und haben z. B. Religionsgründer, **Dichter, Maler, Komponisten, Denker, Entdecker und Erfinder** so viele Anhänger

**Bilde dich selbst, und dann wirke auf andere durch das, was du bist!**

**Wilhelm von Humboldt**

und **Nobelpreisträger** zurecht zahlreiche Bewunderer, mitunter sogar Neider. Doch selbst Nachehferern fällt es schwer, sich selbst so zu verhalten, wie sie es von anderen erwarten. Informationsüberflutung durch zunehmende Vielfalt von Medieneinflüssen hat die früher ausschlaggebende Prägung durch Bezugspersonen weitgehend verkümmern lassen.

Heute wirkt schon als „Vorbild“, wer oder was durch irgend

etwas (medien-)bekannt ist. Das sind vorwiegend **Stars, Models, Darsteller, Bandmitglieder, Sänger, Moderatoren, Sportler, Politiker, Manager und Vermögende, aber auch Fanatiker, Demonstranten, Attentäter und Ganoven, sogar Roman-, Comic- und Fantasiegestalten.** Selbst schlimmste und dümmste Entgleisungen finden Nachahmer. Man denke nur daran, was sich manche Menschen zumuten, um als Rekordhalter ins Guinnessbuch zu kommen. Unterstützenswert ist jedoch, wer u. a. einem „Fußballkaiser“, Weltmeister oder Olympiasieger und Schönheits- oder Weinköniginnen nacheifert. Symbolfiguren, die sich z. B. als „König der Diebe“, „Hexer“ oder „Ausbrecherkönig“ betiteln lassen, sollten eher abschrecken als begeistern.

Als Leitmedium hat **Fernsehen** oft fragwürdige Bedürfnisse entstehen lassen und gefördert. Vielen genügt es nicht als Teil ihres Umfeldes wahrgenommen zu werden. Sie produzieren sich als „Telewinker“ und Akteure in Shows, albern und kasporn herum und entblößen sich körperlich und geistig im Internet. Gewaltdelikte in Problemgebenden und an Schulen sind häufig Videodarstellungen nachempfunden. Diese Art Hemmungslosigkeit hat Vorbilder und Vorbildwirkung. Nachahmen und individualisieren sind wie Geschwister, die versuchen, sich zu überbieten.

Vielfach beklagte Orientierungslosigkeit resultiert aus dem Mangel an wirklichen Vorbildern. Massenhaft „vorbildende“ Personen, Ereignisse und Beschreibungen prägen als **veröffentlichte** die daraus entstehende sogenannte öffentliche **Meinung**, damit aber auch gleichzeitig Moralvorstellungen und Werte. Dazu kommen die mittel- und unmittelbaren Einflüsse fremder Kulturen, vorwiegend durch Zuwanderer, Reiseerfahrungen und Medienkonsum. Als Ergebnis registrieren Ältere den Verfall früher erlebter und gelebter Werte.

**Aggressive Werbung** für ein schier unerschöpfliches Waren- und Vergnügungsangebot haben, besonders bei Jüngeren hedonistische Grundeinstellungen entstehen lassen, die mit guten Vorbildern für Vernunft und Normalität nichts mehr gemein haben. **Persönlichkeiten** als Werbeträger wecken Bedürfnisse für Statussymbole und Modeerscheinungen, die weder notwendig

**Es ist leichter, anderen mit Weisheit zu dienen, als sich selbst.**

**La Rochefoucauld, Reflexionen**

noch sinnvoll, aber teuer, teilweise sogar schmerzhaft sind. **Naturvölkern** abgeschauter Körperschmuck und nachgemachte **Clocharckleidung** sind zwar Blickfang, vielfach auch Distanzwahrer. Erst der Wunsch, Jugendsünden loszuwerden, oder gar Schuldenfalle und Strafverfahren lassen häufig erschreckend erkennen, falschen Vorbildern nachgeeifert und unechten Bedürfnissen nachgegeben zu haben.

Mandats- und Amtsträger genießen Vertrauen. Wer es enttäuscht, entspricht nicht der Vorbilderwartung. Er bringt sich in Misskredit und seinen Stand in Verruf. Verbale und Verhaltensentgleisungen wirken abstoßend und Privilegienmissbrauch ist schockierend. Eigenen Vorgaben zuwider handelnde Vorgesetzte und Volksvertreter bieten Nachahmern willkommene Rechtfertigung für eigenes Fehlverhalten. Zwar werden Amtsdelikte härter bestraft und können Wiederholungsneigung weitgehend unterbinden, aber nicht ausmerzen. So wie auch Wahlverweigerung kein zuverlässiger Filter für unerwünschte Mandatsträger ist.

Völkerrechtlich garantierte Immunität von **Diplomaten** ließ schon manche bedenkenlos zu

Schuldnern, Dieben, Gewalttätern und Verkehrssündern und dadurch zum Vorbild für Kriminelle werden, mit gefälschten Diplomatenausweisen ebenfalls den Immunitätsstatus missbrauchen zu können (Spiegel 9/2007, S. 39). „Überlastete **Professoren**“, die sich für zeitaufwendige aber gut dotierte Nebentätigkeiten bewerben (Spiegel 10/2007, S. 170), bieten ihren Studenten ein verwerfliches Vorbild. Ebenso **religiöse Fanatiker**, weil „Bis heute sind fast alle Religionen eine Triebfeder für Verfolgungen und Kriege“ (Spiegel-Buch: Weltmacht Religion, S. 30).

Späte Einsichten veränderten Werbung und Einschränkungen. Übertreibung, als rascher und sicherer Weg, das Gegenteil des Angestrebten zu erreichen, stellt nun Nikotin- und Alkoholgenießer nicht mehr als weltgewandte Vorbilder dar. Auch sonst wie ungesund Lebende, Arbeits-

**Nichts ist so ansteckend wie das Beispiel, und wir stiften nie viel Gutes oder Böses, was nicht ähnliches Gutes oder Böses hervorbrächte.**

**La Rochefoucauld, Reflexionen**

scheue, Umweltbelasteter und Verkehrsrowdys, kommen in den Medien nicht gut weg.

Dem Polizeiberuf ist Vorbildpflicht immanent. **Polizisten** dürfen sich nicht erlauben, was sie bei anderen verhindern und für justiziable Maßnahmen ermitteln sollen. Ein Spitzenplatz in der sozialen Prestigeskala der Berufe beweist, dass die Polizei dieser Erwartung vollauf entspricht. Das war, ist und wird so bleiben, solange die GdP mit dafür sorgen kann, unserem unvergleichbaren Beruf, Erfolg und Ansehen zu erhalten.

**Gerhard Kastl**

# Bringt die Verkleinerung der BePo eine Mehrbelastung für den Einzeldienst?

Wie auch im letzten Jahr war auch der diesjährige 1. Mai für die Polizei sehr kräfteintensiv. Alleine in Südhessen wurden bei Aufzügen der NPD und deren Gegenveranstaltungen in Raunheim und Rüsselsheim über 2800 Kolleginnen und Kollegen eingesetzt, davon 700 von der Bereitschaftspolizei.

Der BZG-Vorsitzende der Bereitschaftspolizei, Detlef Otto und der Personalratsvorsitzende Roland Kramer waren in Raunheim vor Ort, um sich ein Bild zu machen und die Einsatzkräfte zu betreuen.

Dies bedeutete für viele unserer Kolleginnen und Kollegen anstatt eine Maitour zu genießen, sich mit „hartem Hut und Schild“ zwischen Links und Rechts zu stellen und für Ordnung zu sorgen.

Das mit der Ordnung gelang diesmal nicht auf Anhieb, da es bei Ausschreitungen verletzte Kollegen gab. Ein Kollege musste nach einem Steinwurf gegen den Kopf in die Klinik verbracht werden, konnte aber nach der Untersuchung diese wieder verlassen.

Diesmal kamen auch die beiden Wasserwerfer der Bereit-

schaftspolizei zum Einsatz. Mit deren Hilfe konnten auch in Brand gesetzte Müllcontainer gelöscht werden. Am Ende des



Gerade bei Einsätzen dieser Art zeigt sich, wie wertvoll die Einsatzeinheiten der Bereitschaftspolizei sind.

Einsatzes waren in Raunheim und Rüsselsheim 147 Festnahmen zu verzeichnen.

## Verpflegungskonzept muss angepasst werden

Die über die III. BPA hergestellte Verpflegung war gut und angepasst, auch wenn es lagebedingt nur Kaltverpflegung geben konnte. Lediglich in der Logistik gab es Probleme. Obwohl genügend Kaltgetränke bereitstanden, wurde bis zum Mittag

nur ein Kaltgetränk pro Person ausgegeben, was bei den sommerlichen Temperaturen eindeutig zu wenig war.

*Aus Sicht der Beobachter muss ein Konzept zur Verpflegungsausgabe erstellt werden, das unseren bei den Flächenpräsidien angesiedelten Logistikern als Richtlinie dienen kann.*

Was die Einsatzzeiten für zwei Zeitlagen in Raunheim und Rüsselsheim betraf, waren viele unserer Kolleginnen und Kollegen, je nach Heimatstandort, überstrapaziert – so z. B. Meldezeit in Mittelhessen um 4 Uhr; Entlassungszeit um 22 Uhr.

Zustände kamen diese langen Einsatzzeiten dadurch, dass teil-

weise dieselben Einsatzkräfte erst die Einsatzlage in Raunheim bewältigten und anschließend in den zeitversetzten Einsatz nach Rüsselsheim verlegt wurden.

*Ein echtes Highlight war der Eiswagen der südhessischen GdP. Michael Schweikert und sein Team kämpfte sich durchs Einsatzgewühl, um direkt an der „Front“ erfrischende Eisportionen verteilen zu können.*

Neben diesen beiden spektakulären Einsatzlagen gab es noch viele andere Lagen rund um den 1. Mai. So sicherten rund 200 Studierende, die derzeit ihr Praktikum I bei der Bereitschaftspolizei absolvieren, mit 60 Stammbeamten aus den Ausbildungsbereichen der Bereitschaftspolizei das Radrennen „Rund um den Henninger Turm“ ab.

*Ich wünsche mir von unserem Herrn Innenminister, dass er im Sinne der ganzen hessischen Polizei, in Sachen Umstrukturierung der HBP eine weise Entscheidung trifft, die den Belangen des Einzeldienstes und der BePo gerecht wird.*

**Roland Kramer**  
BZG HBP

## TERMINE

### GdP-Rhetorik-Seminare

Wegen der überaus großen Nachfrage bietet die GdP Hessen weitere Rhetorik-Seminare an.

Grundseminar: „Rhetorik“  
Termin:  
11.–13. Juni 2007  
in Willingshausen-Zella  
Teilnehmer:  
interessierte GdP-Mitglieder

Das Seminar ist für GdP-Mitglieder kostenlos.

Weitere Informationen unter:  
[www.gdp.de/hessen](http://www.gdp.de/hessen)

Anmeldung an:  
GdP Hessen  
z. Hd. Frau Brunner  
Wilhelmstr. 60a,  
65183 Wiesbaden  
Fax: 06 11/9 92 27-27  
oder per Mail:  
[gdp-hessen@t-online.de](mailto:gdp-hessen@t-online.de)

## GdP OSTHESSEN

### Info-Veranstaltung für Senioren

Am 6. Juni 2007, 13 Uhr, veranstaltet die GdP-Bezirksgruppe Osthessen in 36251 Niederjossa, Sportlerheim, eine Info-Veranstaltung für Senioren mit dem Thema: „Gesundheitsvorsorge im Alter“

An diesem Tag werden Referate über aktuelle Themen gehalten, die für Senioren/Rentner wichtig sind. Es wird u. a. referiert über:

● aktuelle Gewerkschaftspolitik (BZG-Vorsitzender)

- „Gesundheitsvorsorge im Alter“, Dr. med. Freudenberg, Hünfeld
- Seniorenarbeit in der GdP (Seniorenvertreter Hermann Müller)

Anmeldung telefonisch oder per Fax/E-Mail an:

Ewald Gerk, Fax: 06 61/9 01 35 24; E-Mail: [egerk@t-online.de](mailto:egerk@t-online.de)

Hermann Müller, Taubenbergstraße 10, 36088 Hünfeld, (Tel.: 0 66 52/46 22)

# Bitter enttäuscht!

**Es sollte ein vom partnerschaftlichen Gedanken geprägter Dialog zwischen der Landesregierung und den Beschäftigten werden und im Sinne der Hessischen Verfassung auch sein.**

In der Umsetzung der Föderalismusdebatte hat der Bund zentrale Angelegenheiten im Bereich der Beamten/-innen wie z. B. Besoldung, Versorgung und Laufbahnrecht auf die Länder übertragen. Dadurch ist es den Ländern geboten, eigene Regelungen zu schaffen. Schon damals wurden die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes durch den Beamtenbund verraten und verkauft.

Diesen breiten Dialog mit allen Gewerkschaften und Berufsvertretungen hatte Innenminister Bouffier für diese CDU-geführte Landesregierung versprochen. Für Mitte Mai wurde dazu vom Innenministerium nach Wiesbaden eingeladen. Über 200 Teilnehmer haben auch zugesagt.

Schon die der Einladung beigefügte Tagesordnung und eine Powerpointpräsentation über den Veranstaltungsverlauf und -inhalt ließen erahnen, dass es sich hierbei nicht um eine von konstruktivem Dialog getragene Verhandlung handelte, sondern eher wieder einmal um eine Auftaktveranstaltung – oder gar nur um eine „Pseudo-beteiligung“ der Beschäftigtenvertretungen?

Trotz dieser Erkenntnisse und Befürchtungen waren und sind sich die DGB-Gewerkschaften einig, dass die Chance, ein modernes und zukunftsweisendes hessisches Beamtenrecht geschaffen werden kann.

Derzeit laufen zwischen den Gewerkschaften und Berufsvertretungen einerseits und dem Land Hessen andererseits Sondierungsgespräche zur Vorbereitung der anstehenden Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst. Sowohl Innenminister Bouffier als auch Minister-

präsident Koch versicherten immer wieder, dass man gleichermaßen Verhandlungen für Tarifbeschäftigte und Beamte wolle.

Das letzte terminierte Sondierungsgespräch wurde auf Wunsch der Landesregierung auf Ende Mai/ Anfang Juni verschoben, da mit Ministerpräsident Koch noch weitere Abstimmungsgespräche bzgl. der Wo-



**BITTER ENTÄUSCHT: v. l. Christian Rothländer (ver.di), Jochen Nagel (GEW), Silke Bemmann (DGB Hessen) und Jörg Bruchmüller (GdP).**

chenarbeitszeit erforderlich seien. Dies wurde von den Gewerkschaften akzeptiert. Gleichwohl waren wir der Auffassung, dass Ministerpräsident Koch bei der Auftaktveranstaltung zur Dienstrechtsreform am 16. Mai Eckpunkte für die weiteren Tarifverhandlungen bekanntgeben wollte.

**Es kam aber schlimmer!** In angeblich „harten Verhandlungen“ mit dem hessischen Beamtenbund haben Ministerpräsident Koch und Innenminister Bouffier am 15. Mai in einer Pressekonferenz die Besoldungsanpassung verkündet. **Das Ergebnis ist mehr als enttäuschend!** Insbesondere die Leistungen und Arbeitsbelastungen der Polizeibeschäftigten werden in dieser Besoldungsanpassung nicht gewürdigt und liegen deutlich unter dem Ergebnis der anderen Bundesländer. Was sind dem reichen Bundesland Hessen eigentlich die Beschäftigten wert?

Als besonders schlimm empfinden wir die Verhaltensweise des hessischen Beamtenbundes. Wer Beschäftigteninteressen (sind auch Interessen der eigenen Mitglieder) in solcher Art und Weise missachtet, darf für sich die Bezeichnung „Berufsvertretung“ nicht in Anspruch nehmen. Jetzt verstehen wir auch, warum Innenminister

von Beamtenverhältnissen regeln sowie kollektivrechtlich vereinbarte Vergütungsordnungen.

Das obrigkeitsstaatlich strukturierte Beamtenrecht, in dem der Gesetzgeber einseitig die Bedingungen diktiert, ist überholt. In einer Demokratie muss Modernisierung des Dienstrechtes der Beamtinnen und Beamten immer auch Erweiterung der Mitbestimmung der Beschäftigten heißen.

Durch die Einführung von öffentlich-rechtlichen Gesamtvereinbarungen und Tarifverträgen würden die Gewerkschaften analog dem Tarifbereich die Arbeitsbedingungen und die Besoldung der Beamtinnen und Beamten mit dem Dienstherrn aushandeln. Die rechtliche Grundlage für diese Forderung bildet unserer nach Auffassung Artikel 29 Absatz 1 der Hessischen Verfassung mit dem Auftrag nach Schaffung eines für „alle Angestellten, Arbeiter und Beamten“ einheitlichen Arbeitsrechts.

Durch die „Föderalisierungsentscheidung“ des Bundestages vom Sommer 2006 haben nunmehr die Bundesländer und damit auch Hessen die Möglichkeit, das Recht der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes nicht nur inhaltlich einheitlich, sondern auch auf tarifvertraglicher Grundlage zu regeln.

Zur Unterscheidung würden nach unserer Vorstellung lediglich „klassische“ Tarifverträge für das Tarifpersonal einerseits sowie „öffentlich-rechtliche Tarifverträge“ für Beamtinnen und Beamte benötigt. Die inhaltliche Gestaltung kann gleich sein.

Mit diesem grundlegenden Reformansatz wollen wir die Auseinanderentwicklung der Beschäftigungsverhältnisse im öffentlichen Dienst verhindern und zu einheitlichen Bedingungen, z. B. auch bei der Arbeits-

Bouffier den Vorsitzenden des hessischen Beamtenbundes Spieß mit den Worten: „Danke mein Lieber!“ nach der Pressekonferenz verabschiedet hat.

In Anbetracht dieser Verfahrensweise der Hessischen Landesregierung und seiner Tarnkappenorganisation Beamtenbund wird der alsbald beginnende Landtagswahlkampf spannend werden. Man vergisst wohl, dass auch die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes Wähler sind!

**Für die anstehende Dienstrechtsreform in Hessen hat die GdP und die DGB-Gewerkschaften Forderungen aufgestellt, die sowohl zukunftsweisend als auch kollektivrechtlich sind.**

Wir fordern öffentlich-rechtliche Tarifverträge, die den Inhalt, Abschluss und die Beendi-

Fortsetzung auf Seite 8

Fortsetzung von Seite 7

zeit und der Einkommensentwicklung, zurückkehren.

Wir fordern in freien Verhandlungen vereinbarte, dauerhafte und einklagbare Erhöhungen der Besoldung der Staatsbediensteten sowie die Rücknahme der Arbeitszeitverlängerungen.

Durch die Rücknahme der Arbeitszeitverlängerungen könnten wieder mehr Menschen im öffentlichen Dienst beschäftigt und die Arbeitslosenzahlen in Hessen gesenkt werden.

Das, was Ministerpräsident Koch und der Beamtenbund jetzt abgeliefert haben, ist das krasse Gegenteil! *gdp*



Landtagswahlen  
in  
**7 Monaten**

- **Einführung der 42-Stunden-Woche**
- **Kürzung des Weihnachtsgeldes**
- **Streichung des Urlaubsgeldes**

## Egal wohin...



## Hauptsache mit uns!

Der Reiseservice mit Reisekostenzuschuss!  
Exklusiv für GdP-Mitglieder, ihre Angehörigen und Fördermitglieder!  
**Buchen Sie über Ihre PSG** (alle namhaften Veranstalter wie TUI, Neckermann, 1-2-fly ...) und freuen Sie sich über einen beachtlichen Reisekostenzuschuss.

### EHRUNGEN

#### 25-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

Rainer Aulbach  
Hans Joachim Bergmann  
Bernhard Buschmann  
Detlef Dunkel  
Fred Gellner  
Klaus Haimerl  
Roger Heberer  
Klaus Hofmann  
Sven Hohmann  
Thomas Kirsten  
Hans-Dieter Schipkoweit  
Torsten Schuhmann  
Gregor Schwarz  
Hans Jürgen Tippe  
Michael Tippmann  
Axel Trepte  
Heinrich Watzka  
Wolf-Dieter Weidner  
Kreisgruppe Offenbach  
Klaus Pfude  
Kreisgruppe  
Hersfeld-Rotenburg  
Ute Dernbach  
Frank Reinbold  
Hans-Rolf Stuhlmann  
Dirk Langer

Rudolf Albrecht  
Thomas Tampe  
Kreisgruppe Kassel  
Rolf Avemaria  
Kreisgruppe Darmstadt  
Herbert Bensing  
Georg Ludwig  
Torsten Ax  
Klaus Balzer  
Karl Brenzel  
Ewald Heil  
Hans Joachim Noth  
Kreisgruppe Fulda  
Ute Fuchs  
Udo Klar  
Klaus Knoch  
Roger Krah  
Matthias Krönung  
Jürgen Schenk  
Dirk Stiehler  
Kreisgruppe Vogelsberg

#### 40-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

Klaus Hess  
Udo Lohr  
Ernst Schütz  
Norbert Walter  
Margarete Wenzel  
Kreisgruppe Offenbach

Klaus Burzlaff  
Bodo Chrostek  
Gerd Maase  
Gerhard Mötzing  
Leopold Sauer  
Gerhard Heppe  
Werner Gapp  
Werner Heimrich  
Kreisgruppe Fulda  
Hans Heinrich Hartung  
Kreisgruppe Vogelsberg

#### 50-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

Herbert Focke  
Kreisgruppe Offenbach  
Harald Eberhardt  
Kreisgruppe Kassel  
Oswin Karolus  
Kreisgruppe Darmstadt  
Klaus-Dieter Stein  
Erhard Zinn  
Gerhard Krause  
Kreisgruppe Fulda  
Herbert Damaschk  
Heinrich Putz  
Hans-Jürgen Gischler  
Kreisgruppe Vogelsberg

### ES VERSTARBEN

Franz-Josef Ellermann  
Kreisgruppe Groß-Gerau  
Horst Unterstab  
Kreisgruppe PAST Wiesbaden  
Gerd Nölker  
Manfred Plötz

Kreisgruppe PTLV  
Hildegard Klätschke  
Ortwin Krause  
Kreisgruppe Wiesbaden  
Theo Herweg  
Elke Günther

Kreisgruppe Kassel  
Wilfried van der Horst  
Kreisgruppe  
Waldeck-Frankb.  
Reinhard Franke  
Kreisgruppe Butzbach

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.